Hansgeorg Münch - Haushaltsrede zum Haushalt 2024 – es gilt das gesprochene Wort am 21.12.2023

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und -kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Der Haushalt 2024 ist für uns Alle ein äußerst unangenehmes Thema das nicht wirklich optimistisch stimmt und uns auch ein bisschen die vorweihnachtliche Stimmung vermiest. Geschenke wird es von uns zu Weihnachten keine geben. Früh war klar, dass es schwierig wird, den Haushalt auszugleichen. Steigende Kosten in allen Bereichen, Inflationsraten zwischen 6 und 8 % letztes und dieses Jahr, hohe Energiekosten durch den Ukrainekrieg und steigende Personalkosten durch die neuen Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst belasten den Haushalt unserer schönen Stadt erheblich, und das liegt nicht daran, dass unsere Verwaltung etwa einen schlechten Job macht. Nein es liegt einfach daran, dass die Einnahmenseite nicht im gleichen Maß mitwächst, wie unsere Ausgabenseite. Viele unserer Aufgaben wurden uns zu Zeiten auferlegt, in denen noch komplett andere Bedingungen herrschten. Die Kinderbetreuung in unseren KITAs beispielsweise ist eine der Pflichtaufgaben der Kommunen die uns erheblich belastet. Das Recht auf einen KITA Platz wurde von unserer Bundesregierung gesetzlich verankert. Und es ist jetzt auch total egal, wer damals die Verantwortung hatte und dies so beschlossen hat. Fakt ist, dass dieser Beschluss von 2013 uns jetzt mit geänderten wirtschaftlichen Vorzeichen auf die Füße fällt. Bauen ist seitdem über 60 % teurer geworden. Und wir wissen ja Alle, dass öffentliche

Bauten über die ganzen Vorschriften zu Ausschreibung usw., meist noch viel teurer werden als private. Noch dazu kommt, dass es unseren Kitas an Erzieherinnen und Erziehern fehlt, und es sind auch nur wenige in Sicht, die diesen nicht gerade überbezahlten und stressigen Job machen wollen.
Uns fehlt schlichtweg die finanzielle Ausstattung über entsprechend mitwachsende Zuweisungen aus den Fördertöpfen von Bund und Land, um all dies zeitnah zu stemmen.
Die FDP wird dabei auf Bundesebene nicht müde die Einhaltung der Schuldenbremse zu betonen, und zu behaupten, dass die Abgaben für die Bürger nicht steigen werden. Diese üble Mogelpackung ärgert uns sehr. Denn die Steuern die die Bundesregierung nicht erhöhen will, müssen wir dann auf kommunaler Ebene eintreiben.
Im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung deutet sich an, daß man zumindest im Bereich der KITAs und Schulen nachbessern möchte, worauf wir sehr gespannt sind.
Einige der kommunalen Leistungen übernimmt der Landkreis für unsere Bürger. Schulen, Gesundheitsversorgung, Sozialleistungen und Teile der Verwaltung, werden hier für die Bürger zentralisiert organisiert und angeboten. Der Landkreis hat es hier relativ einfach. Er verteilt die entstandenen Kosten einfach an seine Kommunen in Form der Kreisumlage und der Schulumlage. Und diese beiden Umlagen steigen unaufhaltsam. Der Landkreis Darmstadt-Dieburg ist dabei überproportional gut mit Personal ausgestattet, wie wir auch in dieser Woche wieder der Zeitung entnehmen durften, und schafft es dabei nicht die Verwaltung im Bereich Digitalisierung entscheidend voran zu bringen. Ein Bauantrag zum Beispiel, muss immer noch in dreifacher Ausführung in Papierform eingereicht

werden. Der Kreis Offenbach zum Beispiel bietet dies schon seit dem Jahr 2020 an.

Doch jetzt zur Einnahmenseite:

Die Zuweisungen aus der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer erhalten die Kommunen durch das Land Hessen. Im Jahr der Coronapandemie 2020 haben Bund und Länder mit dem „kommunalen Solidarpakt“ die um 11,7 % gesunkenen Gewerbesteuereinnahmen versucht auszugleichen. Das reicht aber aus unserer Sicht nicht, denn das Wirtschaftswachstum entwickelt sich nicht mehr im gleichen Maß, wie in den zurückliegenden 30 Jahren. Die Berechnungsgrundlage für die Gewerbesteuer ist bekanntlich der Unternehmensgewinn und wenn die Umsätze nicht steigen aber die Kosten über Löhne, Energie und andere Aufwendungen für die Produktion, dann sinken die Gewinne und somit unsere Steuereinnahmen. Die Unternehmen können natürlich in Krisenjahren auch mal mit niedrigeren Gewinnen wirtschaften. Dann zahlen sie eben zwei-drei Jahre weniger Steuern und warten bis die Krise vorbei ist. Die Kommunen werden von solchen Krisen meist zeitversetzt getroffen, wie wir jetzt am eigenen Leib erfahren. Und deshalb bin ich der Meinung, dass man die nicht verausgabten Coronahilfen die in dem „Sondervermögen“ für die Unternehmen vorgesehen waren, durchaus auch an unsere Kommunen hätte auszahlen können. Wenn man dieses Sondervermögen, der Einwohnerzahl entsprechend, auf die Kommunen verteilt hätte, wären das über 15 Millionen für Groß-Umstadt gewesen. Mit so einer zusätzlichen „Corona Sonderzuweisung“ hätte man alle unsere kommunalen Aufgaben locker abarbeiten können, ohne die Bürger und die Unternehmen zusätzlich zu belasten und das Geld wäre zweckmäßig verausgabt worden. Das ist nun aber so nicht

passiert und deshalb müssen wir an den Schrauben drehen, die uns zur Verfügung stehen.
Einnahmen die wir beeinflussen können, sind bei uns vorrangig die Gebühren für Wasser, Abwasser, Bestattungswesen und diverse andere Leistungen unserer Stadt wie zum Beispiel Eintrittsgelder für das Schwimmbad und Kulturveranstaltungen. Bei Wasser und Abwasser ist die Maßgabe ist hierbei, dass die Gebühren kostendeckend sein müssen. Hier dürfen wir aber auch keine Gewinne machen die wir anderweitig verwenden. Einige Bereiche sind allerdings nicht kostendeckend, und das fällt dann unter freiwillige Leistungen, wie zum Beispiel im Kulturbereich beim Schwimmbad und bei der Kinderbetreuung.
Nur 15 % der entstehenden Kosten der Kinderbetreuung werden durch die Elternbeiträge gedeckt. Das Land Hessen unterstützt die Kommunen bei der Kinderbetreuung mit Zuweisungen aber aus unserer Sicht bei den gestiegenen Kosten eben nicht mehr ausreichend. Ein großer Teil der Kinderbetreuungskosten wird von uns Bürgern getragen. Hier liegt der Zuschussbedarf bei 395 € pro Bürger. Diesen Fehlbetrag könnte man jetzt versuchen über höhere Elternbeiträge auszugleichen, was wir derzeit aber noch nicht tun und auch nie in Gänze schaffen werden. Aber wir haben hier ganz klar eine Finanzierungslücke. Um diese Lücke jetzt zu schließen, bleiben uns nur wenige Möglichkeiten. Außer den Gebühren haben wir nur noch unsere drei Steuerarten die wir als Kommune frei festlegen können um unsere Einnahmesituation zu verbessern somit die Kosten möglichst gerecht auf die Bürger unserer Stadt zu verteilen. Und das sind nun mal die hier zur Diskussion stehende Grundsteuern A und B sowie die Gewerbesteuer.

Vielleicht nehmen wir uns erst mal die Gewerbesteuer vor. Hier könnte man der Meinung sein, das Gewerbe muss einen höheren Beitrag leisten für die Allgemeinheit. Aber schaut man sich die absoluten Zahlen an, so sieht man schon, dass das Gewerbe bereits einen sehr großen Anteil trägt. Im ursprünglichen Ansatz waren das 17,2 Millionen. Leider sind hier allerdings auch keine erheblichen Steigerungen zu erwarten die unsere steigenden Kosten ausgleichen könnten. Wir müssen also schauen, dass wir weiteres steuerzahlendes Gewerbe hier ansiedeln soweit das unsere ausgewiesenen Gewerbeflächen hergeben um unsere Steuereinnahmen daraus zu erhöhen.
Und hier stehen wir dann in direkter Konkurrenz zu anderen Kommunen. Für einige Unternehmen entscheidet der Gewerbesteuersatz über den zukünftigen Standort einer Firma. Hier lagen wir bisher mit 385 Punkten schon im gehobenen Mittelfeld. Die Anhebung im vorliegenden gemeinsamen Antrag auf 405 Punkte sehen wir als BVG gerade noch als verträglich an und hoffen, dass Gewerbebetriebe dies auch so sehen und trotzdem gerne nach Groß-Umstadt kommen.
Letztendlich sollte man vielleicht dieses System der Gewerbesteuerhebesätze von höherer Stelle auch einmal überdenken. Die Ansiedlung von Industrie und Gewerbe kann man doch sicher auch anders steuern als über konkurrierende Steuerhebesätze.

Die Grundsteuer A ist natürlich für mich als Landwirt ein sensibles Thema. So ist uns auch gleich aufgefallen, dass hier ein Missverhältnis zwischen der Anhebung bei Grundsteuer B und A vorlag. Dass die Landwirtschaft nicht außen vor bleiben kann bei

dieser Steuererhöhung können wir natürlich auch verstehen. Allerdings wäre es aus unserer Sicht ungerecht gewesen, die Grundsteuer A um 92,5 % zu erhöhen und die Grundsteuer B nur um 70 %. Deshalb haben wir zusammen mit der CDU den Antrag gestellt die Grundsteuer A nur um das gleiche prozentuale Niveau anzuheben, wie dies letztendlich bei der Grundsteuer B auch geschieht. Die Landwirtschaft hat derzeit mit vielen Problemen zu kämpfen. Ganz aktuell sollen aus der Geldnot der Ampelregierung zwei Subventionen gestrichen werden, die für einige Betriebe das Aus bedeuten könnten. Ich könnte jetzt einen eigenen Vortrag drüber halten, was allerdings den zeitlichen Rahmen meiner Rede sicher sprengen würde und ja eigentlich nicht hier her gehört.

Zur Grundsteuer B

Hier haben wir, mit CDU und den Grünen und der FDP einen Kompromiss gefunden. Natürlich ist das die höchste Steuererhöhung aller Zeiten. Aber hätten wir in den letzten 30 Jahren regelmässig die Steuern in Höhe der Inflationsrate angepasst, wären wir jetzt schon bei über 900 Punkten im Hebesatz. Dies ist aber nicht passiert, weil wir, abgesehen von der Finanzkrise, fast immer wirtschaftlich noch gut da standen. Jetzt hat sich das Blatt allerdings gewandelt und unsere Ausgaben passen nicht mehr zu unseren Einnahmen.

Jetzt könnte der Bürger sagen, dann müssen wir eben mehr sparen. Doch es gibt nur wenige Bereiche in denen wir noch mehr sparen könnten. Die freiwilligen Leistungen die wir für unsere Bürger erbringen haben wir Politiker alle schon gedreht und gewendet und wir sind dabei auf keinen gemeinsamen Nenner gekommen. Sicher gibt es auch noch die eine oder andere Sache die man einsparen könnte, wie zum Beispiel die Rentenberatung die auch der

Rententräger leisten kann. Aber wir haben das schon mittlerweile drei Mal versucht und hier im Parlament keine Mehrheit dazu finden können. Und auch in der Liste der SPD bezüglich des Konsolidierungsschutzes steht die Rentenberatung wieder mit dabei.

Wir müssen wiederholt Leistungen auf den Prüfstand stellen und hinterfragen, um im nächsten Jahr zum nächsten Haushalt, der laut Prognosen noch übler wird, wieder einen genehmigungsfähigen Haushalt auf die Beine zu stellen. Die CDU und die FDP haben hier schon ein paar Anstöße gegeben, die wir zügig in einem noch zu beschließenden, neuen Haushaltsgremium oder im H&F erörtern sollten um unser Ziel zu erreichen.

Mit dem Kompromiss zu den angepassten Hebesätzen die jetzt bei Grundsteuer A und B nur eine Anhebung um knapp 60 % der bisherigen Steuern vorsehen werden wir heute einen genehmigungsfähigen Haushalt beschließen können, der die Handlungsfähigkeit der Kommune nicht einschränkt. Wir haben uns seit Jahren dafür eingesetzt, die Abläufe in der Verwaltung auf Optimierungspotenziale zu untersuchen und diese dann stückweise umzusetzen. Das wird jetzt endlich in Angriff genommen und der Haushalt sieht die notwendigen Mittel hierfür vor, was wir sehr begrüßen.

Etwas irritiert waren wir am letzten Donnerstag dann doch als die SPD sich etwas beschwert hat, dass die anderen Fraktionen nicht mit ihnen gesprochen hätten.

Der vorliegende Antrag der SPD war allerdings so weit weg von der Realität, dass wir uns gefragt haben ob die SPD Vertreter nicht bei den Beratungen teilgenommen haben.

Die SPD war doch genau so, wenn nicht sogar noch intensiver durch ihren Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses in die ganzen workshops und H&F Sitzungen eingebunden.
Wie kann die stärkste Fraktion im Haus dann einen Antrag stellen, der direkt zu einem nicht genehmigungsfähigen Haushalt führen würde? Wir hatten eigentlich erwartet, dass die stärkste Fraktion auf uns zugeht und uns erklärt wie wir mit einem nicht genehmigungsfähigen Haushalt in Groß-Umstadt weiter kommen wollen. Die Liste mit der Konsolidierungssperre ist für uns ebenfalls nicht nachvollziehbar.
So kommt es erstmals in diesem Parlament zu einer Konsenspolitik der anderen Art. Eben ohne SPD und vor allen Dingen nicht ausgehend von der SPD!

Nun ja, am Sonntag ist ja Weihnachten. Wie bereits erwähnt, Geschenke haben wir leider keine für unsere Bürger. Aber wir haben heute ein paar Wünsche an Bundes- und Landespolitik. Und da heute ja auch ein Bundestagsabgeordneter mit dem direkten Draht nach Oben anwesend ist, möchte Herr Dr. Zimmermann das bitte gerne mit nach Berlin zum „Ampel-Christkind“ mitnehmen.
Wir wünschen uns, dass in Zukunft Beschlüsse im Bundestag zu Ende gedacht werden und auf ihre Finanzierbarkeit geprüft werden oder auch einmal nachgebessert wird, wie vom Land jetzt angedeutet. Wir hoffen, dass hier im Bereich KITAs auch was passiert.
Wir wünschen uns, dass die Kommunen höhere Zuweisungen, meinetwegen auch aus der Umsatzsteuer, so wie Herr Zimmermann das in der Zeitung schon mal als Möglichkeit genannt hat, bekommen. (Wahrscheinlich muss dazu aber erst mal die

Umsatzsteuer angehoben werden, denn momentan sind die Kassen ja eher klamm)

Wir wünschen uns, dass Sondervermögen wieder Neuverschuldung heißt und nicht mehr mit solchen verschleiernden Ausdrücken gearbeitet wird.

Wir wünschen uns, dass der Umgang mit dem Geld der Bürger verantwortungsvoller geschieht. Einige Verpflichtungen sollten auch mal überdacht werden.

Wir wünschen uns, dass die Prognosen für künftige Haushalte vielleicht doch nicht so negativ ausfallen wie angekündigt und wir unsere Wirtschaft wieder auf Kurs bekommen.
Wir wünschen uns, dass das Zukunftsforum bald in Gang kommt und umgesetzt wird.

Wir wünschen uns, dass wir in die Lage kommen unsere Bürger auch irgendwann wieder zu entlasten, in dem wir die Grundsteuer wieder senken können. Das wird sicher einige Jahre dauern.

Wir wünschen uns, (und das geht jetzt an die SPD in unserem Parlament), dass den Bürgern die Wahrheit zu unserem Haushalt gesagt wird und nicht suggeriert wird, dass wir in Groß-Umstadt auch mit niedrigeren Hebesätzen auskommen könnten, nur um beim Bürgern zu punkten.

Und nach dem Wunsch kommt dann auch noch ein großer Dank. Vielen Dank für die Arbeit der Finanzabteilung an dieser Stelle natürlich auch von uns der BVG. Ich glaube wir haben uns dieses Jahr sehr früh im Jahr mit dem Thema Haushalt beschäftigt und daran zusammen gearbeitet. Ihr habt unsere Fragen immer zeitnah und umfangreich beantwortet und uns bestens zugearbeitet.
Wir Fraktionen sollten im Hinblick auf die vorhergesagten weiteren defizitären Haushalte in Zukunft sehr zurückhaltend agieren mit unseren Wunschzetteln. Wir haben in den letzten Jahren jede Menge Projekte angeschoben, wie Schwimmbad Neubau, neue Wohn- und Gewerbegebiete und den Bau der KITAs noch zum Teil vor uns. Lasst uns dies vernünftig abarbeiten ohne die Bürger zu überfordern. Da bleibt bei den derzeitigen Aussichten allerdings nicht viel Raum für neue Luftschlösser.

Wir können alle froh sein, dass wir für unseren Antrag, die Investitionssumme für das Schwimmbad zu deckeln, damals die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung gefunden haben. Wir Kommunalpolitiker müssen in Zukunft schauen, dass wir mit dem zur Verfügung stehenden Geld über die Runden kommen.
Es macht aber auch keinen Sinn den Kopf in den Sand zu stecken oder aus Protest die Arbeit einzustellen. Erste kommunale Parlamente sind bereits geschlossen zurückgetreten. Das ist aus unserer Sicht allerdings keine Lösung, wenn die Vertreter der Bürger ihren Job verweigern.
Eine Haushaltseinbringung ablehnen, wie schon mehrfach in Babenhausen geschehen, ist ebenfalls nicht zielführend. Ohne einen beschlossenen und dann später auch genehmigten Haushalt ist die Stadt in vielen Bereichen nicht mehr handlungsfähig. Unsere

über die Jahre gewohnten freiwilligen Leistungen der Stadt stünden dann in Frage. Den Bürgern ist dabei gar nicht bewusst, was wir freiwillig für sie leisten. Natürlich wird es ja schließlich von deren Geld bezahlt, aber das geht eben nur so lange wie das Geld ausreichend vorhanden ist.
Keine der Fraktionen hat sich in den letzten Jahren getraut, irgendeine gewohnte freiwillige Leistung zu reduzieren. Es war ja auch irgendwie nicht nötig. Wenngleich man schon etwas mit den Finanzen jonglieren musste, um den Haushalt darzustellen.

Wir die BVG werden dem Haushaltsentwurf mit den beschlossenen Änderungsanträgen zustimmen und hoffen, dass das Jahr 2024 sich wider Erwarten dann deutlich besser entwickelt als vorhergesagt.

Vielen Dank und Allen ein frohes Weihnachtsfest von der BVG